

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 3. Mai 2010, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Robert Michl	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Franz Csucker	SPÖ
Ing. Ernst Escher	SPÖ
Kurt Burghardt	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Franz Weindl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Margit Bergauer	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Manfred Neumeister	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Markus Schönbauer	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ

Wolfgang Halwachs	ÖVP
David Hamak	ÖVP
M.Ed. Claudia Pawlik	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Alexander Stetina	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP

Gerhard Krammer	GRÜNE
Margot Linke	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Ortwin Fischer	FPÖ
Renate Franek	FPÖ
Walter Krichbaumer	FPÖ
Christine Weindl	FPÖ

Entschuldigt abwesend:

Margit Wilmsen	ÖVP
----------------	-----

Schriftführer: Stadtdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Robert Michl eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Robert Michl

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 16. März 2010
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 14. April 2010
3. Änderung des Dienstpostenplanes 2010
4. Grundabtretung ins öffentliche Gut gemäß § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz
5. Gut Aiderbichl – Nachtrag zum Bestandsvertrag
6. Aufteilung der Ausschüsse
7. Änderung der Kompetenzaufteilung

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

8. Straßenbeleuchtung – Ankauf von Leuchten
9. ABA BA20 – Einverständniserklärung und Grundbenützungsbereinkommen mit ÖBB

Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher

10. Darlehensaufnahme „Straßenbau und Gehwege“
11. Subventionen

Berichterstatter: StR. Kurt Burghardt

12. Vergabe Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge
13. Eichamtstraße 49 – Verlängerung Mietvertrag
14. Neubau Kindergarten Gänserndorf Süd – Vergabe Architektenleistungen
15. Kindergarten Kunterbunt, Zubau – Vergabe Architektenleistungen

Berichterstatter: StR. Christine Beck

16. „Markt Frisch“ (Wochenmarkt)
17. Verordnung über die Abhaltung von Märkten – Änderung
18. Hallenbad – Pachtvertrag mit Frau Minnoie

Berichterstatter: StR. Rene Lobner

19. Errichtung von Photovoltaikanlagen
20. Waldarbeiten mit der „Lokalen Initiative Mistelbach“

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

21. Personalangelegenheiten
22. Industrieförderung

23. Förderung Alternativer Energiequellen

Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet, dass ein Dringlichkeitsantrag (Beilage 1) von der FPÖ Fraktion eingebracht wurde. Der Dringlichkeitsantrag hat folgenden Inhalt:

- Neuverhandlungen einer B-Variante der Zubringerstrasse zur S8

Herr Bürgermeister Robert Michl verliest in weiterer Folge den Dringlichkeitsantrag. Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, dass dem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuerkannt werden soll und dass dieser Antrag unter Punkt 9a) behandelt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet, dass ein weiterer Dringlichkeitsantrag (Beilage 2) der GRÜNE Fraktion eingebracht wurde. Der Dringlichkeitsantrag hat folgenden Inhalt:

- Reduzierung der Aufwandsentschädigungen ab 1.6.2010 für die Mitglieder des Gemeinderates Gänserndorf

Herr Bürgermeister Robert Michl verliest in weiterer Folge den Dringlichkeitsantrag. Da dieser Dringlichkeitsantrag erst kurz vor der Gemeinderatssitzung eingebracht wurde, stellt Herr Bürgermeister Robert Michl den Antrag, dass die Gemeinderatssitzung zwecks Beratung der Fraktionen für 10 Minuten unterbrochen werden soll. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 19,10 Uhr unterbrochen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 19,20 Uhr fortgesetzt.

Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, dass dem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt werden soll. Dieser Antrag soll in der nächsten Finanzausschusssitzung unter Beiziehung der Fraktionsführer aller im Gemeinderat vertretenen Parteien beraten werden.

Der Antrag wird mit 20 Stimmen gegen 12 Stimmen (Gegenstimme, ÖVP – StR. Rene Lobner, StR. Christine Beck, GR. Wolfgang Halwachs, Gr. David Hamak, GR. M.Ed. Claudia Pawlik, GR. Margarete Scheidl, GR. Alexander Stetina, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost – GRÜNE – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. März 2010 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Protokoll vom 16. März 2010 genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. April 2010 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Protokoll vom 14. April 2010 genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 3: Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Dienstpostenplan für 2010 wie folgt geändert werden soll:

- unter der lfd. Nr. 10, VA-Ansatz 023000, Meldeamt-Bürgerservice, soll die wöchentliche Arbeitszeit von 40 h/Wo auf 30/Wo reduziert werden
- unter der lfd. Nr. 105, VA-Ansatz 850000, Wasserwerk, soll **) Aushilfskräfte mit befristetem Vertrag gestrichen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 4: Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den Beschluss zu fassen, vorliegendes Schreiben zur kostenlosen Grundabtretung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz ins öffentliche Gut laut beiliegender Vermessungsurkunde, GZ 82/09, des Zivilgeometers DI Robert Trefoniuk, betreffend der Liegenschaft PZ 1329/7, zu unterfertigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 5: Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Nachtrag zum Bestandsvertrag vom 10.12.2009 mit dem Gut Aiderbichl und dem Land Niederösterreich abgeschlossen werden soll.

Dieser Nachtrag ist eine Ergänzung des Bestandsvertrages vom 10.12.2009 und sieht die grundbücherliche Sicherstellung dieses Bestandsvertrages vor.

Frau GR. Margot Linke stellt die Frage, was der Ausdruck „Aufsandung“ im Nachtrag zum Bestandsvertrag bedeutet. Herr Bürgermeister Robert Michl gibt hierzu bekannt, dass es sich um eine juristische Formulierung handelt und es sich in diesem Fall um die grundbücherliche Eintragung handelt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 6: Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates vom 14. April 2010 beschlossene Aufteilung der Ausschüsse wie folgt geändert werden soll:

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaft Vors.: ÖVP Stellv.: ÖVP

Stadtplanung Vors.: FPÖ Stellv.: SPÖ

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 7: Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet, dass er die Kompetenzen der Stadträte neu zugeteilt hat. Erläutert in weiterer Folge welche Agenden er an die Stadträte aufgeteilt hat. Die Kompetenzaufteilung wird den einzelnen Stadträten übermittelt. Herr Bürgermeister Robert Michl berichtet weiters, dass bereits in der Stadtratssitzung mitgeteilt hat, dass die Stadträte bis Ende September 2010 die geplanten Projekte für die einzelnen Ressorts für die kommenden fünf Jahre vorlegen sollen. Diese Projektliste soll dann in der Homepage veröffentlicht werden und es soll auch das Stadium der Umsetzung bekannt gegeben werden. Weiters soll den Stadträten die Verantwortung für diese Projekte übertragen werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, ob auch das Repräsentationsbudget des Bürgermeisters aufgeteilt wird, wenn auch die Stadträte die Verantwortung übertragen bekommen. Herr Bürgermeister Robert Michl gibt hierzu bekannt, dass er eine Aufteilung dieses Budgets ins Auge fasst bzw. vorhat.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 8: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Straßenbeleuchtung

1. bei der Firma AE Schreder 20 Garnituren Calla-Leuchten inkl. 10 Masten zu Kosten von €10.993,20.-- lt. Anbot vom 22.03.2010 und
2. bei der Fa. Philips sollen 10 Garnituren Kofferleuchten 70 Nr. 2 inkl Masten, sowie 2 LED-Beleuchtungskörper inkl. Bogen zu Kosten von gesamt €8.540,00,-- inkl. USt. lt. Anbot vom 22. April 2010

angekauft werden sollen.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob die Leuchten in Natur gesehen wurden. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass dem Ausschuss die Leuchten vorgeführt und präsentiert wurden. Diese Leuchten können auch in der Nacht zurück geschalten werden.

Frau GR. Margot Linke stellt die Frage, wo diese Leuchten aufgestellt werden. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass diese Leuchten im Bereich Augasse, Ziegelofengasse, Teichgasse aufgestellt werden.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob die Gemeinde auch bei der Bundesbeschaffungsgesellschaft nachgefragt hat. Die Gemeinde ist hier Mitglied und kann dadurch günstiger kaufen. Wurde nicht nachgefragt aber es wird in Zukunft bei der Bundesbeschaffungsgesellschaft nachgesehen, wenn Anschaffungen getätigt werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 9: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegende Einverständniserklärung und das Grundbenützungsbereinkommen der OEBB vom 02.04.2010, betreffend der Herstellung der ABA BA 20, nachträglich zur Kenntnis nehmen soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 9a: Herr Bürgermeister Robert stellt den eingebrachten Dringlichkeitsantrag der FPÖ Gänserndorf, der wie folgt lautet zur Diskussion:

Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ stellt den Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass der Gemeinderatsbeschluss vom 6. Juli 2009 „Grundabtretung für den Neubau des Zubringers L9 zur Marchfeldstrasse S8 im Bereich von Gänserndorf-Süd (Variante A2)“ aufgehoben wird.
2. Dass eine Grundabtretung für den Neubau des Zubringers L9 zur Marchfeldstrasse S8 (unabhängig der noch zu entscheidenden Variante durch Land und Gemeinde) beschlossen wird.
3. Dass aufgrund der Bedeutung des Neubaus des Zubringers L9 zur Marchfeldstrasse S8 für die Bewohner von Gänserndorf-Süd Neuverhandlungen mit dem Land Niederösterreich aufgenommen werden.
4. Dass die Planer des Landes Niederösterreich von dieser Entscheidung sofort nach diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden.
5. Um die Bedeckung bezüglich Ankäufe von Grundstücken zu gewährleisten, ist ein Nachtragsvoranschlag zu erstellen.

Es ergibt sich folgende Diskussion:

GR. Wolfgang Halwachs: Die ÖVP wird diesem Antrag zustimmen. Findet aber, dass dieser Dringlichkeitsantrag mit den anderen Fraktionen vorher besprochen hätte werden sollen. Stellt den Zusatzantrag, dass der Dringlichkeitsantrag insofern abgeändert werden soll, dass „für Neuverhandlungen einer B-Variante zur Zubringerstrasse zur S8“ auf „für Neuverhandlungen der B2-Variante zur Zubringerstrasse zur S8“ geändert wird.

Bürgermeister Robert Michl: Bei der Fraktionsführerbesprechung ist Herr Robert Lang vorbeigekommen und hat kurz vom Ergebnis der MAREV-Sitzung, bei welcher das Thema S8 besprochen wurde, berichtet. Gibt bekannt, dass die SPÖ-Fraktion zum Thema Zubringer zur S8 klar Stellung bezogen hat.

GR. Volker Weiss: Stellt fest, dass Herr Stadtrat Franz Weindl in der Stadtratsitzung Zeit gehabt hätte, einen entsprechenden Antrag bezüglich dieser Thematik zu stellen. Es sollte auf jeden Fall eine Variante bevorzugt werden, die optimal für die Bevölkerung von Gänserndorf-Süd ist. Stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, wenn der Gemeinderatsbeschluss aufgehoben wird. Vielmehr sollten Vertreter von allen vier Fraktionen beim Land Niederösterreich vorsprechen.

Stadtrat Rene Lobner: Bei der Fraktionsführerbesprechung wurde kein Wort über die S8 gesprochen. Seiner Meinung müsse der Bürgermeister Prioritäten setzen und es sollte der Bürgermeister aus Gänserndorf bei den MAREV-Sitzungen persönlich teilnehmen. Es sind bei den MAREV-Sitzung alle Bürgermeister vertreten, nur nicht der Bürgermeister aus Gänserndorf – auch nicht die Vorgänger des jetzigen Bürgermeisters. Bei diesen Sitzungen wird sehr viel besprochen, was für Entwicklung unserer Gegend wichtig ist.

Bürgermeister Robert Michl: Stellt fest, dass er Sitzungen mit einer Agende einlädt. In diesen Sitzungen können alle Teilnehmer ihre Meinung dazu sagen.

Stadtrat Franz Weindl: Die FPÖ-Fraktion hat den Dringlichkeitsantrag deshalb eingebracht, damit umgehend mit dem Land NÖ. bezüglich der B-Varianten verhandelt wird.

GR. Gerhard Krammer: Es sollten alle Fraktionen den gleichen Wissensstand haben. Weiters sollte von der Bevölkerung die Meinung im Zuge einer Bürgerbeteiligung eingeholt werden.

GR. Volker Weiss: Stellt fest, dass Herr Stadtrat Franz Weindl im Juli 2009 gegen die B-Variante gestimmt hat. Im Juli 2009 wurde lediglich beschlossen, dass die Gemeinde Gänserndorf die Grundstücke dem Land zur Verfügung stellt. Es sollten alle vier Fraktionen gemeinsam mit dem Land Niederösterreich verhandeln.

GR. Margot Linke: Man sollte vor der Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses mit dem Land Niederösterreich Verhandlungen aufnehmen.

Stadtrat Rene Lobner: Gibt seinen Vorrednern Recht. Es sollten alle an einem Strang ziehen. Die SPÖ hat die B-Variante nicht befürwortet. Das Land Niederösterreich verhandelt nur mit den offiziellen Vertretern – Bürgermeister, Vizebürgermeister – der Stadtgemeinde Gänserndorf. Es sollten alle Fraktionen bei den Verhandlungen mitwirken und gemeinsam handeln.

Bürgermeister Robert Michl: Der Bürgermeister bzw. Vizebürgermeister muss und wird die Beschlüsse des Gemeinderates umsetzen.

Vizebürgermeister Josef Daubeck: Wenn es zu einer Änderung der Trasse kommt und dann auf Grund des Naturschutzgebietes keine Zubringerstrasse zur S8 bewilligt wird, dann wird es eventuell keine Zubringerstrasse geben und die derzeitige L9 als Zubringer verwendet. Weist auf die Folgen dieser Möglichkeit hin.

GR. Volker Weiss: Der Gemeinderatsbeschluss vom Juli 2009 soll noch nicht aufgehoben werden. Gespräche mit dem Land Niederösterreich sollen jedoch schnellstens aufgenommen werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, dass die Gemeinderatssitzung zwecks Beratung der Fraktionen für 10 Minuten unterbrochen werden soll. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 20,00 Uhr unterbrochen.
Die Gemeinderatssitzung wird um 20,10 Uhr fortgesetzt.

Stadtrat Rene Lobner: Stellt den Antrag, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf unverzüglich mit dem Land Niederösterreich Verhandlungen aufnehmen soll, um die Variante B2 zu ermöglichen.

Stadtrat Franz Csucker: Hat Bedenken, wenn jetzt der Gemeinderatsbeschluss vom Juli 2009 aufgehoben werden soll.

Stadtrat Franz Weindl: Die FPÖ-Fraktion wird bei ihrem eingebrachten Dringlichkeitsantrag bleiben.

Stadtrat Franz Csucker: Die SPÖ-Fraktion hat für die Bereitstellung der Gründe für die Variante A2 zugestimmt. Die B-Varianten sollen auf Grund des Naturschutzgebietes nicht gehen. Wäre eine Verschlechterung für Gänserndorf, wenn keine Zubringerstrasse zur S8 errichtet wird.

GR. Gerhard Kramer: Ersucht nochmals um ein gemeinsames Auftreten gegenüber dem Land Niederösterreich.

GR. Margot Linke: Vorredner haben schon viel gesagt, es geht um die bestmögliche Lösung für die Leute.

Stadtrat Rene Lobner: Es sollte auf keinen Fall der bestehende Beschluss aufgehoben werden. Die Stadtgemeinde Gänserndorf sollte aber die B2-Variante bevorzugen. Angeblich gab es schon eine Vermessung für die A2-Variante.

Vizebürgermeister Josef Daubeck: Stellt die Frage, welche Alternativen es gibt, wenn die B2-Variante nicht möglich ist. Seitens des Landes Niederösterreich gibt es ein Gutachten, das die A2-Variante favorisiert, weil diese Variante die einzige Chance hat, bei der Beurteilung durchzukommen.

Stadtrat Rene Lobner: Es sollte alles unternommen werden, damit die B2-Variante möglich ist. Wenn diese Variante nicht möglich ist, dann kann man noch immer die A2-Variante errichten.

GR. Volker Weiss: Es wird immer von einem Gutachten bzw. Protokoll gesprochen. Wann wurde dieses Gutachten der Stadtgemeinde Gänserndorf übermittelt.

Vizebürgermeister Josef Daubeck: Es gibt ein Schreiben bzw. Gutachten vom Land Niederösterreich, in welchem die Umsetzung der Variante A2 positiv beurteilt wurde. Außerdem hat er das Land Niederösterreich im Jänner bzw. Februar 2010 schriftlich aufgefordert, die Möglichkeit der Umsetzung der einzelnen Varianten zu beurteilen bzw. um Stellungnahme ersucht, welche Variante möglich ist. Das Land Niederösterreich sollte weiters schriftlich mitteilen, ob die Variante B2 möglich ist.

GR. Gerhard Kramer: Das Schreiben bzw. das Gutachten soll dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden bzw. hätte der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt werden sollen, dass es dieses Schreiben bzw. Gutachten gibt.

Stadtrat Rene Lobner: Ist der Meinung, dass ein gemeinsamer Antrag gestellt werden sollte.

Der Gemeinderat kommt überein, dass nur über einen gemeinsamen Antrag abgestimmt werden soll. Die vorher gestellten Anträge werden in einen gemeinsamen Antrag zusammengefasst. Herr Stadtrat Franz Weindl erklärt, dass er bei diesem gemeinsamen Antrag nur mehr über die Punkte 3 bis 5 des Dringlichkeitsantrages abgestimmt werden soll. Auf die Punkte 1 und 2 verzichtet er.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf unverzüglich mit dem Land Niederösterreich Verhandlungen aufnehmen soll, um die Variante B2 zu ermöglichen. Weiters sollen die Punkte 3 bis 5 des Dringlichkeitsantrages

3. Dass aufgrund der Bedeutung des Neubaues des Zubringers L9 zur Marchfeldstrasse S8 für die Bewohner von Gänserndorf-Süd Neuverhandlungen mit dem Land Niederösterreich aufgenommen werden.

4. Dass die Planer des Landes Niederösterreich von dieser Entscheidung sofort nach diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden (**Anmerkung:** die Planer des Landes wurden bereits am 4. Mai 2010 informiert).
5. Um die Bedeckung bezüglich Ankäufe von Grundstücken zu gewährleisten, ist ein Nachtragsvoranschlag zu erstellen.

abgestimmt bzw. beschlossen werden.

Herr Bürgermeister Robert Michl stellt den Zusatzantrag, dass die Vertreter der Fraktionen verpflichtend an diesen Verhandlungen teilnehmen müssen und dass sie bei den Verhandlungen mitarbeiten müssen. Weiters sollen die Fraktionen die Vertreter umgehend schriftlich nennen und der Stadtgemeinde Gänserndorf (Abteilung Bauamt) bekannt geben.

Der Antrag des Herrn Stadtrat Rene Lobner wird mit 17 Stimmen gegen 15 Stimmen (Gegenstimme, SPÖ – Bgmst. Robert Michl, Vizebgmst. Josef Daubeck, StR. Ing. Ernst Escher, StR. Franz Csucker, StR. Kurt Burghardt, GR. Margit Bergauer, GR. Kerstin Cap, GR. Ernst Gugler, GR. Franz Irlvek, GR. Dr. Gerhard Janda, GR. Manfred Neumeister, GR. Christine Rohatsch, GR. Markus Schönbauer, GR. Dipl.Päd. Martin Wechdorn, GR. Christian Worlicek) angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 10: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Straßenbau und Gehwege“ ein Darlehen in Höhe von € 350.000,- bei der BAWAG/PSK zu einem variablen Zinssatz, Laufzeit: 15 Jahre, von derzeit 1,404 % (6-Monats-EURIBOR mit Aufschlag von 0,45 %) aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 11: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) dem Messeteam, vertreten durch Herrn Bernhard Ruthammer, auf Grund des Ansuchens vom 10. März 2010, für die Benefizveranstaltung vom 12. Juni 2010 (Beginn: 18,00 Uhr) das Gelände der Sommerszene bzw. bei Schlechtwetter die Schmied-Villa kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss ersucht um Erfassung der subventionierten Betragswerte, damit festgestellt werden kann, welche Beträge seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf subventioniert werden. Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher wird dies veranlassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- b) dem SV OMV Volksbank Gymnastics Gänserndorf und der UNION Raiffeisenbank Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 28. Februar 2010 für den UNAS Ball (Veranstalter: UNION Raiffeisenbank Gänserndorf und SV OMV Volksbank Gymnastics Gänserndorf) am 24. April 2010 ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- c) der Theatergruppe Gänserndorf, c/o Christina Seidl, 2230 Gänserndorf, Löwengasse 21, auf Grund des Ansuchens vom 25. März 2010 ein 50 %-iger Nachlass bzw. Rabatt auf die Miete der Schmied-Villa (Kulturhaus) für die Veranstaltungen im April 2010 gewährt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- d) dem Konrad Lorenz Gymnasium Gänserndorf, z.Hd. Mag. Petra Zissler und Mag. Ingrid Griessel, auf Grund des Ansuchens vom 23. März 2010 für das Handballturnier am 7. Oktober 2010 im Rahmen des europäischen Schulsportfestes die Große Halle der Stadthalle Gänserndorf kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 12: Herr Stadtrat Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass an

a) Herrn **Christian POLAK** die Gemeindewohnung **Lange Gasse 12/1** (vorm. Weißenbäck Werner) in der Größe von 48,20 m², bestehend aus 2 Zimmer, Küche, Bad, Vorraum und WC zu einem monatlichen Mietzins von € 2,31/m² + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) **ab 1.6.2010**, an

b) Frau **Christine VOGEL** die Gemeindewohnung **Lange Gasse 12/3** (vorm. Burger Paula) in der Größe von 57,23 m², bestehend aus 2 Zimmer, Küche, Bad, Vorraum, AR, WC und Loggia zu einem monatlichen Mietzins von € 2,31/m² + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) **ab 1.6.2010**

vermietet werden soll.

Die Mietverträge betreffend Vermietung der zwei oben angeführten Wohnungen werden von der Wohnungsgenossenschaft St. Pölten (Hausverwaltung der Gemeindewohnhäuser seit 1.1.2008) ausgestellt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 13: Herr Stadtrat Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegende Vereinbarung, abgeschlossen ab 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 zwischen der Stadtgemeinde Gänserndorf und Fam. **Asadov Said-Sultan und Ilona** betreffend **Vermietung des Wohnhauses Eichamtstraße 49**, beschlossen werden soll.

Der Vertrag soll nur auf ein weiteres Jahr abgeschlossen werden.

Herr Stadtrat Franz Weindl stellt fest, dass die FPÖ in ihrem Wahlprogramm als einen Punkt hatte, dass Gemeindewohnungen an österreichische Staatsbürger vermietet werden sollen. Die FPÖ wird daher diesem Antrag nicht zustimmen. Herr GR. Volker Weiss stellt sich die Frage, was passiert, wenn EU-Bürger um Vermietung einer Gemeindewohnung ansuchen. Da kann man sicher keinen negativen Beschluss fassen.

Der Antrag wird mit 27 Stimmen gegen 5 Stimmen (Gegenstimme, FPÖ – StR. Franz Weindl, GR. Walter Krichbaumer, GR. Ortwin Fischer, GR. Renate Franek, GR. Christine Weindl) angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 14: Herr Stadtrat Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle grundsätzlich beschließen, dass aufgrund des Ergebnisses der Kindergartenkommission vom 19.4.2010 in Gänserndorf Süd ein neuer 3-gruppiger Kindergarten mit der Unterbringungsmöglichkeit 2,5 jähriger Kinder errichtet werden soll.

Mit den Architektenleistungen (Planung, Bauleitung, Planungs- u. Baustellenkoordination) soll nach einer Ausschreibung und aufgrund der Empfehlung des Ausschusses „Errichtung neuer Kindergärten Gänserndorf Süd“ das Bestbieter-Architektenbüro

Atelier für naturnahes Bauen DEUBNER

zu einem Pauschalhonorar von maximal. gesamt €117.126,-- .exkl. USt. (zusätzlich €2.000,- - exkl. USt. bei Passivbauweise) lt. Anbot vom 28.4.2010 beauftragt werden.

Ein Bürgerbeteiligungsverfahren ist bei diesem Projekt aus Termingründen nicht möglich.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Meinung, dass es begrüßenswert ist, dass in Gänserndorf Süd ein Kindergarten neu errichtet wird. Stellt sich jedoch die Frage, warum hier keine Vorberatung stattgefunden hat und warum diese Ausschreibung nicht im Ausschuss behandelt wurde. Herr Stadtrat Kurt Burghardt teilt mit, dass die Ausschreibung im Baubeirat behandelt wurde und dass in diesem Beirat alle vier Fraktionen vertreten sind.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass in der letzten Gemeinderatssitzung der Vertrag über den Grundstückstausch beschlossen wurde. In weiterer Folge musste die Ausschreibung für die Architektenleistungen sehr schnell erfolgen, damit die bestmögliche Förderung durch das Land Niederösterreich erwirkt werden kann.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass in Gänserndorf Süd ein Zentrum entstehen soll. Er kritisiert daher diese Vorgangsweise, weil man gleich eine entsprechende Lösung in ein Gesamtkonzept einarbeiten hätte können. Wünscht sich in Zukunft mehr Informationen, man könnte sich ja kurzfristig zusammenschließen.

Frau GR. Margot Linke ist ebenfalls der Ansicht, dass der Zentrumsgeanke gefördert werden sollte. Stellt fest, dass drei Architekten bereits in ihrer Planung eine Zentrumslösung eingearbeitet haben. Freut sich, dass ein Gänserndorfer Architekt den Zuschlag erhalten soll.

Frau Stadtrat Christine Beck findet es ebenfalls für gut, dass ein Gänserndorf Architekt beauftragt werden soll. Stellt die Frage, ob für Gänserndorf Süd ein Zentrum angepeilt wird. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass für Gänserndorf Süd ein Zentrum geplant werden soll. Die finanzielle Umsetzung liegt aber nicht in seiner Macht. Lobt noch die konstruktive Arbeit des neu geschaffenen Baubeirates.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 15: Herr Stadtrat Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle grundsätzlich beschließen, dass aufgrund des Ergebnisses der Kindergartenkommission vom 19.4.2010 der Kindergarten Kunterbunt um 2 Gruppen mit der Unterbringungsmöglichkeit 2,5 jähriger Kinder erweitert werden soll. Vorerst soll der Kindergarten ab dem Kindergartenjahr 2010/11 um zwei Gruppen in Containerbauweise (MOBIKI) erweitert werden.

Mit den Architektenleistungen (Planung, Bauleitung, Planungs- u. Baustellenkoordination) soll aufgrund der Empfehlung des Ausschusses „Errichtung neuer Kindergärten“ das Architekturbüro

DI. Walter Deschka GesmbH.

zu einem Honorar von gesamt €67.330,34 USt. lt. Anbot vom 03.05.2010 beauftragt werden.

Gleichzeitig wolle der Gemeinderat beschließen, dass der neu gegründete Ausschuss für die Errichtung neuer Kindergärten Gänserndorf Süd auch für diese Erweiterung zuständig sein soll. Der Ausschuss soll daher neu lauten “Ausschuss für die Errichtung neuer Kindergärten“

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, warum dieses Projekt nicht ausgeschrieben wurde. Herr Stadtrat Kurt Burghardt teilt mit, dass von den Architekten Zita, Deubner und Deschka Angebote eingeholt wurden. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, warum nicht alle Architekten zur Angebotslegung eingeladen wurden. Hierzu teilt Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck mit, dass die Präsentation der Entwürfe nicht entsprochen hat.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Ansicht, dass es pädagogisch und städtebaulich nicht sinnvoll bzw. bedenklich ist, zu einem sechsgruppigen Kindergarten zwei Gruppen dazuzubauen. Vor zwei Jahren wurde das Volkshaus renoviert. Damals hat die ÖVP vorgeschlagen, auf dem Grund in der Rosengasse die Containerlösung zu forcieren. Stellt die Frage, welche Alternativmöglichkeiten die Stadtgemeinde Gänserndorf hat. Herr Bürgermeister Robert Michl gibt bekannt, dass diese Anfrage nicht beantwortet werden kann.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck erklärt hierzu, dass bei der stattgefundenen Platzwahlkommission der Zubau von zwei Gruppen zum Kindergarten Kunterbunt als sinnvoll und kostengünstig bewertet wurde. Es war bei dieser Kommission auch die Kindergarteninspektorin, Frau Matz, anwesend. Seitens der Platzwahlkommission wird auch der Raumbedarf festgestellt und nach diesem Bedarf wird auch die Förderung gewährt.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass es in Gänserndorf keine nachhaltige Planung gibt. Frau GR. Margot Linke ist der Meinung, dass der Kindergarten Kunterbunt schon jetzt sehr groß ist. Im § 4 des Kindergartengesetzes ist die Größe eines Kindergartens geregelt. Dort wird von 4-gruppigen Kindergärten gesprochen, wobei der Kindergarten bis zu 8 Gruppen erweitert werden kann. Weiters sollte eine vorausschauende Bedarfsplanung durchgeführt werden. Ihrer Meinung nach ist die Ausschreibung unglücklich gelaufen und es sollte noch einmal ausgeschrieben werden.

Frau Stadtrat Christine Beck kann sich nicht vorstellen, dass die Kleinkinder in diesen großen Gruppen gut betreut werden können. Es muss alles genau nach Stundenplan laufen und es handelt sich um einen Massenbetrieb.

Herr Stadtrat Franz Csucker stellt fest, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf keine andere Wahl hat. Bei der Platzwahlkommission wurde diese Lösungsmöglichkeit festgehalten, nämlich einen 3-gruppigen Kindergarten in Gänserndorf Süd und einen 2-gruppigen Zubau

zum Kindergarten Kunterbunt. Eine vorausschauende Bedarfserhebung ist auf Grund des Zuzugs nur sehr schwer machbar.

Herr Stadtrat Kurt Burghardt teilt mit, dass im Jahr 2010 mit dem Bau begonnen werden muss, damit die Stadtgemeinde Gänserndorf eine 50 %ige Förderung seitens des Landes Niederösterreich erhält. Weiters müssen die Pläne bis Juni 2010 eingereicht werden. Deshalb war auch eine rasche Ausschreibung der Architektenleistungen notwendig.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass die Stadtplanung der Stadtgemeinde Gänserndorf obliegt. Es sollte daher raschest ausgelotet werden, damit kein 8-gruppiger Kindergarten errichtet wird.

Frau GR. Renate Franek stellt die Frage, warum man einen anderen Architekten nehmen sollte. Beim Zubau bzw. ankuppeln zum bestehenden Kindergarten sollte der Architekt den Auftrag erhalten, der den Kindergarten errichtet hat. Stellt fest, dass sich der Ausschuss für die Errichtung neuer Kindergärten einig bezüglich dieser Vorgangsweise gewesen ist.

Herr GR. Gerhard Krammer ist der Ansicht, dass ein Zubau zum bestehenden Kindergarten sicher wirtschaftliche Vorteile hat. Man sollte trotzdem Alternativstandorte suchen und eine neue Architektenausschreibung machen.

Herr Stadtrat Franz Weindl teilt mit, dass die Bevölkerung von Gänserndorf den Kindergarten braucht. Deshalb wird die FPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, dass die Gemeinderatssitzung zwecks Beratung der Fraktionen für 10 Minuten unterbrochen werden soll. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 21,45 Uhr unterbrochen.
Die Gemeinderatssitzung wird um 21,55 Uhr fortgesetzt.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Gegenantrag, dass ein neuer zweigruppiger Kindergarten an einem anderen Standort in Gänserndorf errichtet werden soll, um die bestmögliche Lösung für die Kinder zu schaffen.

Der Antrag des Herrn Stadtrat Rene Lobner wird mit 12 Stimmen (ÖVP – StR. Rene Lobner, StR. Christine Beck, GR. Wolfgang Halwachs, Gr. David Hamak, GR. M.Ed. Claudia Pawlik, GR. Margarete Scheidl, GR. Alexander Stetina, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost – GRÜNE – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Herrn Stadtrat Kurt Burghardt mit 20 Stimmen gegen 12 Stimmen (Gegenstimme, ÖVP – StR. Rene Lobner, StR. Christine Beck, GR. Wolfgang Halwachs, Gr. David Hamak, GR. M.Ed. Claudia Pawlik, GR. Margarete Scheidl, GR. Alexander Stetina, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost – GRÜNE – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 16: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ab 28.5.2010 in der Bahnstrasse im Bereich der Schmied Villa, Kulturhaus Nr. 31 (siehe beiliegenden Plan), ganzjährig jeden Freitag am Nachmittag von 13 bis 18 Uhr u. im Sommer bis 19 Uhr der „**Markt frisch**“ in Gänserndorf abgehalten werden soll.

Für die Einführung des „**Markt frisch**“ sollen folgende Leistungen vergeben werden:

1. Herstellung Website – virtueller Marktplatz durch Hr. Podlas (betreut derzeit auch die Gänserdorfer homepage) zu Kosten von €3.000,-- exkl. USt. lt. Anbot vom 21.4.2010.
2. Die Laufende redaktionelle Betreuung der Website durch Fr. Susanne Gugerell zu monatlichen Kosten von €300,-- zuzüglich USt. bis Ende 2010 (7 Monate gesamt 2.100,-- soll aus den Einnahmen der Markgebühren abgedeckt werden) u. Hostingkosten von €50,--/Jahr
3. Ankauf von 8 Stk. Hinweisschildern „Markt frisch“ bei der Alpenländischen Schilderfabrik zu Kosten von €389,20-- exkl. USt. lt. Anbot vom 21.4.2010
4. Ankauf von 3 Stk. beidseitig bedruckten Transparenten bei der Fa. Klebeteufel zu Kosten von €960,-- exkl. USt. lt. Anbot vom 20.4.2010
5. Ankauf von 10 Stk. Kabelbrücken, 15 lfm, bei der Fa Moravia zu Kosten von €840,-- exkl. USt.
6. Postwurfsendung, Kosten ca. €600,-- exkl. USt.
7. Eröffnung, Kosten ca. €500,-- exkl. USt.

Die Gesamtkosten betragen einmalig ca. €6.500,-- exkl. USt. zuzüglich der laufenden Kosten von Gugerell von €300,--/Monat zuzügl. USt. (Abdeckung durch Markgebühren) u. Hosting von €50,--/Jahr. Die Bedeckung erfolgt über die Haushaltsstelle Wirtschaftsförderung 1/789000-757000.

Das Projekt „Markt frisch“ wird vom NAFES mit 30% gefördert.

Herr GR. Gerhard Krammer ist der Ansicht, dass keine separate Homepage eingerichtet werden soll. Vielmehr soll diese Webseite in die bestehende Homepage eingebaut werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 17: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende abgeänderte Marktordnung vom 3.5.2010 mit Wirkung ab 1.6.2010 genehmigt werden soll.

Weiters wolle der Gemeinderat beschließen, dass die Einnahmen aus dem Wochenmarkt „Markt frisch“ in den nächsten zwei Jahren ausschließlich für Marketingzwecke für diesen Markt verwendet werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 18: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ab 1.7.2010 an Frau Mida Minooie lt. Schreiben vom 29.3.2010 nur mehr der Raum im Erdgeschoss des Hallenbades zum Zwecke eines „Wellness Büros“ zu einer monatlichen Miete von €92,-- zuzüglich USt. (€110,40 inkl. USt.) vermietet werden soll. Das Masseurgewerbe wird von Fr. Mida Minooie zukünftig nicht mehr ausgeübt.

Eine entsprechende Änderung zum bestehenden Pachtvertrag vom 29.3.2001 soll vorgenommen werden.

Das Massagegewerbe soll nicht ausgeschrieben, sondern für den Raum im Saunabereich, der bis jetzt als Massageraum benützt wurde, soll ein anderer Verwendungszweck überlegt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 19: Herr Stadtrat Rene Lobner berichtet, dass Angebote zur Installierung von Photovoltaikanlagen am Kindergarten Hafergrubenweg (Erweiterung von 4,4 auf 10 kWp) an der Kläranlage (10 kWp) und an der Bücherei/Musikschule (11 kWp) eingeholt wurden.

Die Anlagen sollen so ausgelegt werden, dass der gesamte erzeugte Strom ins Netz der EVN-AG eingespeist wird. Aufgrund der bereits vorliegenden Förderzusagen gemäß der Ökostromverordnung sollten die Anlagen im Förderzeitraum von 13 Jahren Erträge aus dem Stromverkauf in Höhe von insgesamt rund €150.000,- + Ust erwirtschaften. Nach Ablauf dieses Förderzeitraumes soll der erzeugte Strom in den Gebäuden selbst genützt werden, wodurch sich die Wertschöpfung dieser Anlagen auf insgesamt rund €250.000,- erhöht. Die Fa. PVT garantiert, dass die Modulleistung nach 25 Jahren zumindest 80 % der Nennleistung beträgt.

Kindergarten Hafergrubenweg:

Für die Erweiterung der dort befindlichen Anlage hat nur die Fa. PVT ein Angebot gelegt (dort sind bereits PVT-Module montiert). Der Gemeinderat wolle daher beschließen, dass die Fa. PVT Austria GmbH aufgrund Ihres Angebotes vom 22.4.2010 mit der Erweiterung der Photovoltaikanlage am Kindergarten Hafergrubenweg von derzeit 4,4 kWp auf 10 kWp zu einem Preis von €15.080,80 exkl. Ust beauftragt werden soll. Die Montage soll von der Fa. Breitsprecher Erneuerbare Energien aus Gänserndorf durchgeführt werden, welche bereits die dort befindlichen PVT-Module in den Jahren 2008 und 2009 montiert hat. Diese Anlage soll gemäß des Angebotes der Fa. Breitsprecher vom 22.4.2010 ferner mit einem Datenlogger zur Internetanzeige der Leistung dieser Anlage auf der Website der Gemeinde zu einem Preis von €400,- exkl. Ust. ausgestattet werden.

Kläranlage und Bücherei/Musikschule:

Der Gemeinderat wolle entscheiden, ob das günstigere Angebot der Fa. Stindl mit chinesischen Modulen oder das teurere Angebot der Fa. PVT mit österreichischen Modulen angenommen werden soll.

Folgende Preise wurden angeboten (Angebotsöffnung vom 3.5.2010):

Deleted: ¶

	Kläranlage 10 kWp	Bücherei/Musikschule 11 kWp
Breitsprecher (PVT Austria)	28.930,--	29.323,--
Legerer (PVT Austria)	28.930,--	29.857,--
Stindl (Yingli - China)	27.000,--	27.800,--

Die Fa. Stindl ist somit bei der Kläranlage um €1.930,-- billiger als die preisgleichen Firmen Breitsprecher und Legerer und bei der Bücherei/Musikschule um € 1.523,-- als die Fa. Breitsprecher.

Sollte den österreichischen Modulen der Vorzug gegeben werden, so könnte die Anlage auf der Kläranlage von der Fa. Legerer und jene auf der Bücherei/Musikschule von der Fa. Breitsprecher installiert werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner schlägt vor, dass zuerst der Antrag über die Erweiterung der Photovoltaikanlage am Kindergarten Hafegrubenweg abgestimmt werden soll. Herr Stadtrat Kurt Burghardt stellt die Frage, warum hier keine drei Angebote eingeholt wurden. Herr Stadtrat Rene Lobner gibt hierzu bekannt, dass die Firma PVT-Austria mit der Firma Breitsprecher zusammenarbeitet. Es wurden Angebote eingeholt und es ist die Absicht, dass die Arbeiten an Gänserndorfer Firmen vergeben werden sollen. Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass die Firma Breitsprecher bereits die bestehende Anlage am Kindergarten Hafegrubenweg installiert hat.

Der Antrag über die Erweiterung der Photovoltaikanlage am Kindergarten Hafegrubenweg wird einstimmig angenommen.

Herr Stadtrat Franz Csucker teilt mit, dass ihm die Vorgangsweise bei der Vergabe der Errichtung der Photovoltaikanlagen bei der Kläranlage und bei der Bücherei/Musikschule nicht gefällt. Dieser Antrag hätte im Ausschuss vorberaten werden sollen und dann sollte der Ausschuss einen entsprechenden Antrag an den Gemeinderat vorlegen. Stellt daher den Antrag, dass diese Vergabe wieder an zur Beratung an den Ausschuss zurückverwiesen werden soll.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass die Firma PVT ihr Angebot zeitlich bis 4. Mai 2010 befristet hat. Bei der Vorberatung im Stadtrat lag nur ein Angebot vor, die Anbotsöffnung fand am heutigen Tag um 09,00 Uhr statt. Es geht jetzt nur darum, ob die Stadtgemeinde Gänserndorf ein österreichisches Produkt oder ein chinesisches Produkt bevorzugt.

Herr Stadtrat Kurt Burghardt versteht nicht, warum hier solche Eile geboten ist. Die Firma PVT wird ihr Angebot sicher verlängern, wenn man mit der Firma spricht. Herr Stadtrat Franz Csucker stellt nochmals fest, dass er nicht versteht, warum hier kein Antrag formuliert wurde. Hätte im Ausschuss vorberaten werden sollen und dann dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck ist ebenfalls der Meinung, dass dieser Antrag im Ausschuss vorberaten gehört.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt bekannt, dass er seinen Antrag zurückzieht. Herr Stadtrat Rene Lobner wird mit der Firma PVT Kontakt aufnehmen und um eine Verlängerung des Angebotes ersuchen.

Herr GR. Volker Weiss teilt mit, dass die Firma PVT diese Angebote an alle Gemeinden versandt hat. Es wird der Antrag gestellt, dass die Vergabe der Errichtung von je einer Photovoltaikanlage am Gebäude der Kläranlage und am Gebäude der Musikschule/Bücherei zur Beratung an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 20: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Arbeiter der „Lokalen Initiative Mistelbach“ auch heuer wieder zu einem Preis von € 7,50 je Stunde und Person für ca. 3 Wochen im Gemeindewald für verschiedene Pflegearbeiten (Stammzahlreduktion bei Kiefern-Naturverjüngungen, Vereinzeln von Eichen-

Stockausschlägen, Mulchen von Laubholz-Jungpflanzen und ähnliches) eingesetzt werden sollen. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten sollen mit rund €8.000,-- begrenzt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 22,35 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: